

SHOULD I STAY OR SHOULD I GO?

WIE WIR IM DIGITALEN RAUM ENDLICH UNABHÄNGIGER WERDEN.

*Autor*innenpapier von Katharina Dröge*

19. Mai 2026

Grüne, SPD und Linke haben vor zwei Wochen den Abschied von der Plattform X verkündet. Diese Entscheidung war notwendig. Denn eine Plattform, die durch ihren Eigentümer Elon Musk immer mehr zum Ort antidemokratischer Propaganda wurde und wird, eine Plattform, die Desinformation befeuert, von russischen, chinesischen und rechtsextremen Chatbots dominiert wird, und die den NutzerInnen zunehmend die Freiheit nimmt, selbst auswählen zu können, was sie sehen wollen, sollten DemokratInnen durch ihre Präsenz nicht länger legitimieren. Und auch die Bundesregierung sollte handeln: Der Bundeskanzler und die Bundesministerien sollten eine solche Plattform nicht weiterhin als Instrument ihrer Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

Der gemeinsame „eXit“ hat viel Aufmerksamkeit, Zustimmung aber auch Kritik ausgelöst. Richtig ist: Der eXit alleine wird die zugrunde liegenden Probleme von Desinformation, Beeinflussung und Plattformmacht nicht lösen. Wir befinden uns bei verschiedenen Plattformen weiterhin in einer Abhängigkeit von außereuropäischen Angeboten. Neben X dominieren Instagram, TikTok und YouTube den Markt. Auch dort gibt es weiterhin erhebliche Probleme mit Desinformation, algorithmischer Zuspitzung und politischer Einflussnahme.

Richtig ist allerdings auch: Bei X hatten wir als PolitikerInnen eine Wahl. Denn X spielt nur noch eine verschwindende Bedeutung in der Kommunikation mit BürgerInnen. Die Demokratie verteidigt man dort nicht. Gleichzeitig hat X weiterhin einen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Denn ausgerechnet JournalistInnen und PolitikerInnen nutzen X immer noch als Ort des Austauschs. Und das können wir selber ändern. Bei anderen Plattformen gilt das nicht. Wer mit jungen Menschen kommunizieren will, ist aktuell auf TikTok angewiesen. Diese Räume können DemokratInnen tatsächlich nicht alleine den Rechtsextremen überlassen. Der eXit ist deshalb ein wichtiges Signal, aber kein Ersatz für politische Gestaltung.

Vielmehr müssen wir uns auf allen relevanten Plattformen für demokratische Debattenräume starkmachen: gegen Desinformation, gegen algorithmische Verzerrung und für demokratische Diskurse, faire Regeln, Transparenz und echte Wahlfreiheit der NutzerInnen. Für Europa heißt das: konsequente Durchsetzung europäischer Regeln und eine Strategie digitaler Souveränität, die echte Alternativen schafft und Abhängigkeiten reduziert.



In mehreren Bereichen besteht hier weiterhin dringender Handlungsbedarf - zum Beispiel bei Social-Media-Plattformen und Software-Infrastruktur:

Faire Spielregeln endlich durchsetzen

Die sozialen Medien sind längst wichtige Orte der Meinungsbildung und Information, für viele Menschen in Europa, insbesondere jüngere. Sie nehmen dabei zunehmend eine wichtige Rolle neben den klassischen Medien ein. Allerdings zu völlig anderen Bedingungen. Der US-Milliardär Elon Musk versucht ganz offen, über seinen Kurznachrichtendienst X direkten Einfluss auf Wahlen in Europa auszuüben - auch bei uns in Deutschland. Unabhängige Studien zeigen: Die Algorithmen sind so ausgerichtet, dass maximale Polemik oder Hass bevorzugt angezeigt werden. Differenzierte Beiträge sind für die NutzerInnen, auch dann, wenn diese sich dafür interessieren, kaum noch sichtbar. Damit wird ein erheblicher Einfluss auf die Meinungsbildung von Menschen ausgeübt.

Der einfache Grundsatz, dass jeder selbst entscheiden können sollte, was er auf Social Media sehen möchte, wird verletzt, beeinflusst und gesteuert. Und dagegen kann man etwas tun.

Die Europäische Kommission hat mit dem Digital Services Act ein mächtiges Instrument zum Schutz der Meinungsfreiheit und Demokratie. Sie muss es allerdings auch nutzen. Sie hat die Möglichkeit zu untersuchen, ob durch die Ausgestaltung der Algorithmen eine Gefahr für den öffentlichen Diskurs, für Wahlen, aber auch für die Meinungsfreiheit und die Informationsfreiheit vorliegen. Als Folge müssten bei Verstößen gegen den DSA die Algorithmen geändert werden.

Doch dazu fehlt der Kommission bislang der Mut. Und der deutschen Bundesregierung leider - trotz vielfacher Aufforderungen - weiterhin auch. Anders als Spanien und Frankreich, die schon lange auf eine stärkere Durchsetzung des DSA drängen, taucht die deutsche Bundesregierung ab und lässt die Aufsichtsbehörden weitestgehend im Regen stehen. Das muss sich ändern. Gerade der geplante Digital Fairness Act der EU soll Rechte für Verbraucher im Netz stärken. Es braucht ein Augenmerk auf Dark Patterns, suchtförderndes Design und manipulative Influencer-Werbung, denen derzeit auch insbesondere junge Menschen im Netz schutzlos ausgeliefert sind. Auch hier müsste Deutschland sich viel stärker einsetzen. Die Durchsetzung transparenter Spielregeln im Netz ist kein nice to have, sondern elementar im digitalen Zeitalter.

Es braucht europäische Alternativen

Neben der effektiven Durchsetzung der europäischen Regulierung brauchen wir aber auch europäische Alternativen. Es gibt zwar bereits Angebote, wie z.B. Mastodon, Eurosky und bald auch W-Social. Diese haben aber bislang noch Schwierigkeiten, sich im internationalen Wettbewerb durchzusetzen. Das liegt auch daran, dass es zu wenig strategische Investitionen in europäische Startups und digitale Infrastruktur gibt. Hier könnte eine gezielte Förderung helfen, um europäische Alternativen aufzubauen.





Der Wechsel von außereuropäischen Plattformen auf europäische Alternativen wird auch dadurch erschwert, dass dadurch die mühsam erarbeitete Followerschaft erst einmal verloren geht und neu aufgebaut werden muss. Eine Interoperabilitätspflicht im Digital Markets Act kann so eingesetzt werden, dass NutzerInnen leichter von einer Plattform auf eine andere wechseln können und der Wettbewerb fairer wird. Entscheidend ist hier der politische Wille, denn die technischen Möglichkeiten bestehen.

Von X bis Microsoft: Europas digitale Selbstbestimmung stärken

Der eXit ist Teil einer größeren politischen Aufgabe: Europa muss im digitalen Raum unabhängiger werden. Denn es geht längst nicht mehr nur darum, welche Social-Media-Plattformen wir nutzen. Es geht auch um die Systeme, auf denen unsere Ministerien arbeiten, Behörden kommunizieren, Daten gespeichert und Verwaltungsleistungen erbracht werden. Am Ende geht es um die digitale Grundlage staatlicher Handlungsfähigkeit. Wenn diese Infrastruktur von außereuropäischen Anbietern kontrolliert wird, wird Abhängigkeit zur demokratischen Schwachstelle. Wie riskant solche Abhängigkeiten sein können, zeigt das Beispiel des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs. Er verlor im Mai 2025 den Zugriff auf seine E-Mail-Konten, nachdem die US-Regierung Sanktionen gegen ihn verhängt hatte und Microsoft den Zugang sperrte.

Diese Abhängigkeiten sind nicht alternativlos. In zentralen sicherheitspolitischen Bereichen, bei Software, Cloud-Lösungen, Zahlungsdienstleistungen und anderen digitalen Diensten sollten Behörden in europäischen Ländern nur Produkte nutzen, die nicht der Kontrolle oder dem Zugriff nicht-europäischer Regierungen unterliegen. Schleswig-Holstein hat begonnen, seine öffentliche Verwaltung unabhängiger von Microsoft zu machen und komplett auf Open-Source-Lösungen zu setzen. Solche Ansätze müssen vom Einzelfall zur Strategie werden. Allein über den Microsoft-Rahmenvertrag der Bundesverwaltung flossen zuletzt jedes Jahr Hunderte Millionen Euro in Microsoft-Lizenzen – 2025 sogar fast eine halbe Milliarde Euro. Würden diese Mittel gezielt in europäische und offene Lösungen fließen, wäre das ein enormer Hebel für digitale Souveränität, Innovation und einen starken europäischen Markt.

Um flächendeckend die digitale Souveränität zu erhöhen, ist das Vergaberecht ein geeignetes Instrument. Bei der Beschaffung von Software-Lösungen muss eine möglichst große digitale Souveränität eine Bedingung sein. Die öffentliche Hand wäre verpflichtet, die Angebote auf Sicherheitsrisiken zu überprüfen. Auf diese Weise würde mit jeder Vergabe die digitale Souveränität gestärkt. Im Vergaberecht sollte außerdem geregelt werden, dass Open-Source-Angebote zu priorisieren sind - nach dem Grundsatz: public money - public code. Durch die primäre Beschaffung von europäischen Angeboten bildet die öffentliche Hand auch einen Leitmarkt - der Aufbau weiterer europäischer Angebote wird gefördert, wodurch der Markt wächst, die Qualität steigt und die Angebote auch für die Wirtschaft und Privatpersonen attraktiver werden.



Europa kann seine digitale Zukunft selbst gestalten, wenn es seine öffentliche Nachfrage, seine Innovationskraft und seine demokratischen Werte endlich strategisch zusammenbringt. Dann wäre der eXit nicht nur der Ausstieg aus einer problematischen Plattform, sondern der Einstieg in eine Politik, die digitale Abhängigkeiten konsequent abbaut und Europas digitale Selbstbestimmung ermöglicht.

